

# Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Wochentlich in der Geschäftsstelle oder von der Post abholbar. Ausgabe A mit Umsatz. Beilage 10.00 M.  
Ausgabe B 9.00 M. In Dresden und ganz Deutschland Postausgabe A 10.00 M. Ausgabe B 9.00 M. —  
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochenenden nachm. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr bzw.

Bezügen: Einnahme vom Geschäftszetteln 10.10 Uhr, vom Sammelzetteln 11.10 Uhr bzw. — Preis für die  
Sach-Blätter 1.00 M. im Sammelzetteln 0.50 M. — Ihr umsonst geschickten, sowie durch  
Schriftsteller aufgegebene Beispiele können wir die Benennung nicht als die Richtigkeit des Zugangs nicht übernehmen

## Das rettende Zentrum

Die Dinge in Spaas lassen sich etwas günstiger an, als wie es ursprünglich angenommen werden konnte. Wir warnen jedoch davor, sich irgend welchen übertriebenen Hoffnungen hinzugeben. Es besteht immer noch die Gefahr, dass diese Hoffnungen durchaus enttäuscht werden können. Unter den Staatsmännern, die nach Spaas gereist sind, befinden sich drei Zentrumsteile und wir sehen mit Genugtuung, dass das würdige Auftreten unter der Führung Schenckes nicht ohne Einbruch bleibt. Mit Recht sagt Alois Fürst zu Löwenstein in einem Artikel der Mainzer Wochenschrift "Allgemeine Rundschau" (Nr. 27 vom 3. Juli 1920), wenn die deutsche Regierung in Spaas irgend etwas erreichen sollte, wenn das deutsche Volk nicht noch tiefer ins Elend gedrückt werden sollte, dann müsse die Regierung einen so festen und breiten Rückhalt im Volke haben, als er nur irgend zu erreichen sei. Möglicherweise sagt der Fürst: „Und nichtwendig die Partei, die aus Parteiliebhaber der Regierung diesen Rückhalt verschafft, um nicht die Verantwortung tragen zu müssen für das was in Spaas erreicht wird, oder nicht erreicht wird.“ Er erklärt weiter in diesem vor den letzten Reichstagverhandlungen geschriebenen Artikel, man dürfe von der Deutschnationalen Partei „die vaterländische Gestaltung erwarten, dass sie alle Parteidifferenzen zurückstelle, um der neuen Regierung den Einfahrt aller Kraft zum Wiederaufbau Deutschlands nicht unmöglich zu machen“.

Diese Erwartung ist leider auch blossmal nicht Tatsache geworden. Die Deutschnationalen haben beim Abreise der Regierung nach Spaas den Kleingehobenen Parteikampfpunkt, wie treffend ein selbst den Rechtsparteien nahestehendes Blatt sagt, über die vaterländische Gestaltung gestellt. Während die Unabhängigten ihr Wahlkreisvotum und natürlich gegen das Vertrauenstheorem der Mittelparteien gestimmt haben, haben die Deutschnationalen sich der Abstimmung enthalten, was bei dieser Sache, wo es um Leben und Sterben des deutschen Volkes geht, im Endeffekt genau dasselbe ist. Dasselbe Schauspiel, das die Nationalversammlung bereits so oft gegeben hat, will sich nun bei den Unabhängigen sowohl als auch bei den Deutschnationalen, die beide in stärkerer Zahl in den Reichstag zurückgekehrt sind, wiederholen. Jedenfalls haben die Deutschnationalen nicht dazu getan, in dem Bestreben, dass, wie der Fürst Löwenstein sagte, die Regierung einen so festen und so breiten Rückhalt im Volle haben müsse, als er nur irgend zu erreichen sei. Und sie haben bei dem ersten entscheidenden Schritt des neuen Reichstages zum Wiederaufbau Deutschlands ihre Hand zurückgezogen und sie haben damit die Parteidifferenzen nicht zurückgestellt, vielmehr alles getan, um der neuen Regierung den Einfahrt aller Kraft zu diesem Wiederaufbau unmöglich zu machen. Die Deutschnationalen sind gerichtet genau so wie die Unabhängigen.

Der Fürst Alois zu Löwenstein behandelt in seinem Artikel in der genannten Wochenschrift vor allem die Stellung des Zentrums zur Regierungsbildung und er weist dabei die Frage auf, ob das Zentrum nicht aus dem Wahlergebnis die Leute habe ziehen müssen, da es schon allzu viel Opfer auf dem Altar der Taktik gebracht habe, da es nun endlich Zeit sei, schone reine reine Zentrumspolitik zu treiben, bis ein Zusammenschluss mit anderen gesetzten Parteien von vornherein ausschließe? Der Fürst, der auch in den kürzesten Zeiten des vorherigen Jahres erstaunlicherweise dem Zentrum die Freude bewahrt hat, führt dazu höchst folgendes aus:

"Die Bedeutung von „Das Vaterland über die Partei stehen“ ist so oft abgeleitet worden, dass ich mich fast scheue, sie hier wieder anzuwenden zu lassen. Und doch kommt es darauf hinaus. Das Zentrum als Partei hatte eine glänzende Gelegenheit, den Parteien der Rechten, die es seit einem Jahre so bitter besiegt haben, zu sagen: Sie seht ihr zu, wie ihr es besser macht. Aber sich nach links zu wenden und den zwei sozialistischen Parteien mit den Demokratischen Macht und Verantwortung zu überlassen. Es wäre nicht ein Jahr vergangen, so hätte das gesamte Bürgertum, hätten wohl auch die Mehrheitssozialisten nach dem rettenden Zentrum gesehnt. Aber konnte eine Partei so handeln, die deutsch fühlt? Die Rechtsparteien allein waren schlechterdings nicht in der Lage, die Regierung zu bilden. Unter den Linksparteien hätten unschätzbar die Unabhängigen die Führung ergreifen und es genügt in einer bayerischen Zeitung an die Elbener Wirtschaft zu erinnern, um zu beweisen, dass das Zentrum eine Herrschaft der Unken nicht zulassen durfte. Wie die Möglichkeit, dass die Rechte wie die Linke versagten, und der Reichspräsident gezwungen war, ein Vorsitzministerium zu bilden. Als Trimbors Verhandlungen zu seinem Ergebnis führen wollten, waren wie eines solchen Absurden sehr nahe. Ein unpolitisches Beamtenministerium hat auch in monarchischen Staaten — ich weiß nicht, ob es in einer Republik je ein solches gegeben hat — stets nur kurze Lebensdauer gehabt. Im alten Österreich manchmal eine etwas längere, aber das waren dann die Glanzzeiten des fruchtbaren Hohenzollerns."

Wir freuen uns der glänzenden Rechtfertigung der vergangenen und der gegenwärtigen Zentrumspolitik durch den Fürsten zu Löwen-

stein. Wenn er davon spricht, dass die Parteien der Rechten das Zentrum seit einem Jahre so bitter besiegt haben, so hat er nur zu recht damit, und vor allem wie in Sachsen haben davon ja Provenienzen müssen, die in ihrer Art und die auch wohl in der Parteiengeschichte des deutschen Vaterlandes einzig bestehen. Tagtäglich erhalten wir Briefe aus Kreisen, die sich mehr oder weniger von dem fruchtbaren, aber um so lauterer Geschrei des Rechtsparteiwallens haben gesungen nehmen lassen und die jetzt ihrer Empfindung Ausdruck geben über das Verhalten der Deutschnationalen, das ja tatsächlich jeder Beschreibung spottet. Auch das sind erfreuliche Zeichen, denen gegenüber die kleine Schar der Unbekleidbaren nicht ins Gewicht fallen kann. Es wird ja nun schon für diejenigen, welche in das Regen der Rechtsparteien bei der letzten Wahl gegangen sind, bald Gelegenheit sein, die Konsequenzen aus ihrer inglorischen gewonnenen Einsicht zu ziehen. Wenn man die bittere Besiegung durch die Parteien der Rechten betrachtet, denn besonders das Zentrum in Sachsen ausgeht, so muss immer wieder gesagt werden, dass wir mit dem Ergebnis der Reichstagswahl am 8. Juni durchaus zufrieden sein können, dass keinerlei Anlass zur Unzufriedenheit vorliegt. Mitten im Sturm stand das sächsische Zentrum. Angefeind und zum großen Teile angepeitscht von links und von rechts. Sieht man das in Betracht, denkt man an die Tonende von Deutschstreichern, die auf dem Boden der Zentrumspartei stehen und nicht wählen durften, dann kann man es wahrscheinlich doch nur als ein hochfreudliches Heilchen buchen, dass den Zweck des Zentrumspartei durch die Abgabe des Stimmzettels ein Stamm von 20.000 Wählern seine Freude befunden hat. Unsere Freude im ganzen Lande mögen vor allem eingebettet sein der Tatsache, dass die neue Organisation der Zentrumspartei in Sachsen erstaunlich und tatsächlich bei den Wahlen zur Nationalversammlung eingeführt hat. Während wir bis dahin im ganzen Lande nur etwa sechs Ortsgruppen mit einigen Hundert Mitgliedern hatten, umfasst heute die Sächsische Zentrumspartei 38 Ortsgruppen mit mehr als 6000 eingeschriebenen Mitgliedern. Gerade angesichts der heutigen Situation kann es nur heißen: Weiter vorwärts!

Auf diesen Grundton waren auch die Verhandlungen des Landesvorstandes der Sächsischen Zentrumspartei am letzten Sonntag gestellt, zu dessen Sitzung hochfreudlicherweise Vertreter aus allen Teilen Sachsen in so überaus stattlicher Zahl erschienen waren. Alle Stände waren vertreten. Es war ein Genuss, diesen siebzehnzigjährigen Verbündungen zu folgen und zu sehen, mit welcher Wärme und Begeisterung von diesen Männern und Frauen der Tat im Laufe der Zentrumsgedanke verschont wird. Sie alle waren von dem besetzt, was der Fürst zu Löwenstein ausdrückt, wenn er sagt, das Zentrum bleibe das Verdienst, das deutsche Staatsleben aus einer schweren Krise herausgeführt zu haben, es habe sehr die verantwortungsvolle Aufgabe, mit anderen Parteien zusammen, aber in führender Stellung, Deutschland über die schwierige Zeit seiner Geschichte hinüber zu leiten, Vorberaten durch es sollte nicht erwartet. Das Zentrum beansprucht, dass sicherlich keine Vorberaten. Aber trotzdem und um so mehr ist es Pflicht aller unserer Parteidienste, in weitesten Kreisen über die rettende Tat des Zentrums Aufklärung zu schaffen. Wenn das geschieht, wenn es restlos geschieht und wenn unsere Parteidienste sich nach opferwilliger Arbeit dafür einsetzen, dann — davon sind wir überzeugt — werden die Freuden bereits bei den Landtagswahlen im Herbst nicht ausbleiben.

Karl

## Unhaltbare Zustände

Von Justizoberstafelrat Bartscher, Herlohn.

Die Zwangswirtschaft ist vollständig zusammengebrochen. Diese Überzeugung hat sich allmählich auch in den weitesten Kreisen der Verbraucher, die bislang Beibehaltung der Zwangswirtschaft forderten, Bahn gebrochen. Werst das Schenkel in die Wollfeschlucht, so erkönnt es nachgerade aus fast allen Kreisen. Menschenliche Werte sind durch dieses System im Laufe der Jahre dem Verderben überließt worden. Was durch unsachgemäße und unpfliegliche Behandlung der rationierten Lebensmittel verdorben ist, geht in die Milliarden. Die Nahrungsknot wurde dadurch gewaltig vergrößert. Ein Beamtentapparat von vielen hunderttausend Köpfen verteuerte die Waren obendrein in ganz erheblichem Maße. Dazu hat jenes System der Korruption Tat und Tor geöffnet und die Moral des Volkes in furchtbarem Umfang erschüttert. Durch die Zwangswirtschaft sind städtische Werte zerstört worden, die vielleicht in Jahrzehnten nicht wieder gutzumachen sind. Außerdem beginnt im rheinisch-moselländischen Industriegebiet auch die Brotdiebskrieg in Unordnung zu geraten. Und doch lässt sich das Brotdiebskrieg noch verhältnismäßig am besten zwangswirtschaftlich bewältigen. Die Kartoffelversorgung hat bekanntlich nie recht geklappt. Menschenleiche Mengen dieses unentbehrlichen Nahrungsmittels sind alljährlich verfault oder erfroren. Frisches Fleisch gibt es in den Städten selten. Unter der Hand ist allerdings genug zu haben, ebenso Speck, Schmalz, Margarine und Butter, welche Lebensmittel überall frei in den Läden zu kaufen sind. Dies alles vollzieht sich unter stillschweigender Duldung der

staatlichen Behörden, die froh sind, dass ihren Bewohnern die Möglichkeit gegeben ist, derartige Sachen freihandig zu kaufen, damit Unruhen vermieden werden. Dabei blutet einem das Herz, wenn man sieht, wie an gewissen Bahnhöfen, wie zum Beispiel Rötha, ein halbes Dutzend Polizeibeamte am Bahnhof jeden Befenden auf Butter untersuchen und geringe Mengen mühsam erstandener Butter rücksichtlos beschlagnahmen. Obendrein ist es geradezu seltsam, wie dieselben Hände, die den Inhalt der verschiedensten Sachen durchkrant haben, überall herumwühlen. Man muss die Empfindung und die Wut geben haben, die dem Munde vieler entstehen, wenn ihnen im letzten Augenblick ihre mühsam erstandenen beiseiteten Sachen wieder abgenommen werden, auf die sich zu Hause bleibende und darbende Kinder schon im voraus gefreut hatten. Die Wut richtet sich naturgemäß meist gegen die Beamten, die doch nur ihre traurige Pflicht erfüllen. Ein Schrei der Empfindung sollte daher durch alle Volkschichten gehen, damit dieser Unzug, den ich nicht anders bezeichnen kann, endlich beendet wird. Denn es ist ein Unsin, dass man in den Städten alles frei haben kann und hier zumindest den armenen Volkschichten rücksichtlos alles wegnimmt. Auch die Butterversorgung ist anscheinend vollständig zusammengebrochen. Wo allerdings die Butter bleibt, ist mir ein Rätsel. Es ist mir genau bekannt, in verschiedenen Kreisen die Ableserung von Butter durch die Landwirte genau so groß ist wie im vorherigen Jahre. Demgegenüber vergleiche man aber folgende Zahlen, die sich auf amtliches Material stützen, das ich mir von zuständiger Seite erbeten habe. Im vorherigen Jahre wurden in Herlohn an die Allgemeinheit verteilt an Butter: in der ersten Aprilwoche 50 Gramm, in der dritten 70 Gramm, in der dritten Maiwoche 70 Gramm, in der ersten Juniwoche 60 Gramm, in der dritten 125 Gramm. Daraus gab es in Herlohn für die Allgemeinheit überhaupt keine Butter mehr. Die erste Butter für diesen zweiten April erst wieder auf Tage und schreibe neun Monate später. In der dritten Aprilwoche dieses Jahres wurde nämlich für die Allgemeinheit in Herlohn wieder verteilt die Menge von 50 Gramm. Seitdem hat es keine Butter mehr gegeben. Es ist dieses um so bezeichnender, wenn man berücksichtigt, dass die seit der letzten Verteilung Ende April beginnende Zeit als die butterreichste des ganzen Jahres bezeichnet werden muss. Außerdem droht übrigens auch die Belieferung von Haushalten mit Speisefetten ins Stöcken zu geraten. Das Lebensmittelamt in Herlohn ist von dem zuständigen Fettstellen benachrichtigt worden, dass die Haushalte, also Butterläden, Brotläden usw. keine Speisefette mehr überweisen werden könnten. Wenn man solche Tatsachen in ländlichen Kreisen erzählt und die Landwirte hören, dass innerhalb eines Zeitraumes von elf Monaten in einer Stadt von der Größe Herlohn mit 30.000 Einwohnern für die Allgemeinheit nur ein einziges Mal 50 Gramm Butter verteilt worden sind, dann kann man es verstehen, wie Kreise, die ihrer Ableserungspflicht Genüge leisten, erstaunt fragen: Wo bleibt die Butter? Und man kann es Ihnen wahrscheinlich nicht verbauen, wenn sie annehmen, dass es auch bei den Butter, wie mit so vielen anderen Dingen, nicht mit rechten Dingen zugange ist. Reiten kann und aus all dem Grunde, in das wir momentan Sein Jahr und Tag hineingeraten sind, nur schändliche Aufhebung der Zwangswirtschaft, vielleicht mit Aufnahme von Brotdiebereide. Sogar eine große Konsumentenorganisation, der Provinzialverband des Deutschen Beamtenbundes für Westfalen, hat dies vor einigen Wochen einstimmig auf seiner Tagung in Hamm gefordert. Vielleicht wird es nach Aufhebung der Zwangswirtschaft in der Übergangszeit hier und da etwas passieren. Aber ich bin überzeugt, dass das freie Wirtschaftsleben schon bald alle Weißwurstläden überwunden haben wird. Wenn mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft mehrere Hunderttausend von Beamten in Herlohn kommen, die jetzt durch hohe Gehälter die Waren benötigen, wenn den Hunderten Hunderten von unzähligen Bängen und Füßen erpatzt werden, wenn die Verbraucher nicht mehr stundenlang wegen der rationierten Lebensmittel herumlaufen müssen und die elende Marktewirtschaft aufhört, wenn die Lebensmittel wieder pfleglich behandelt werden, so dass nichts mehr verdickt, dann dürfen wir zuversichtlich hoffen, dass es bald wieder reichlich Lebensmittel geben wird, die auch in absehbarer Zeit erheblich billiger werden dürfen. Erzeuger und Verbraucher würden aufnehmen, wenn auf diesem Gebiete bald wieder die früheren Verhältnisse Platz griffen, dann die jetzigen Zustände fürtümlich zum Himmel, ihre Befreiung ist daher das bringendste Gebot der Stunde.

## Presse und Auswärtiges Amt

Die deutschen Pressevertreter in Spaas sind nicht mit dem Sonderzug der deutschen Delegation befördert, sondern in einem besondren Schlafwagen untergebracht worden, der mit dem Fahrplanmäßigen Auto fahr nach dem Abfahrt des Sonderzuges den Bahnhof verließ. Der Erfolg war, dass die deutschen Journalisten nach erheblichem Aufenthalt drei Stunden nach der deutschen Delegation eintrafen, infolgedessen aus eigener Wahrnehmung über den Empfang der deutschen Delegation nicht berichten konnten und außerdem auf dem Bahnhof ohne jede Unterlaune hilflos herumstehen mussten. Daß dieser Aufwand schließlich ein Ende nahm, ist nicht etwa der Vorzorge der deutschen Behörde, sondern der Sicherheitswacht der belgischen Amtstellen zu verdanken, die sich der deutschen Journalisten annahmen und ihnen Automobile zur Verfügung stellten. Dazu schreibt die "Belgische Zeitung" treffend folgendes: